

NRW auf gutem Weg

***Regierungsprogramm der NRWSPD
2012 – 2017***

NRW auf gutem Weg – Regierungsprogramm 2012-2017

Klare Verhältnisse. Gut für NRW.

Am 13. Mai 2012 wählen die Menschen in Nordrhein-Westfalen einen neuen Landtag. Diese Wahl ist notwendig geworden, weil CDU und FDP zusammen mit der Linkspartei im Landtag den Haushalt der rot-grünen Landesregierung von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft blockiert haben. Damit fehlt die parlamentarische Grundlage für eine weitere Umsetzung des 2010 eingeleiteten Politikwechsels für unser Land.

Wir sind überzeugt: Eine Mehrheit der Menschen in NRW steht hinter Hannelore Kraft und diesem Politikwechsel, der das Land sozialer und zukunftsfähiger gemacht hat; einem Politikwechsel, der auch eine neue politische Kultur möglich gemacht hat - geprägt vom Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern, den Gewerkschaften, Vereinen und Verbänden ebenso wie mit den Kirchen und religiösen Gemeinschaften. NRW ist auf einem guten Weg. Darum werben wir selbstbewusst erneut um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger für Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und ihre vorsorgende Politik, die vor allem von dem Leitgedanken ausgeht: „Kein Kind zurücklassen“.

In 20 Monaten hat die Minderheitsregierung viel erreicht. Die Regierungskoalition der Einladung ist damit ihrer Verantwortung für das Land gerecht geworden und hat mutig die wichtigen Herausforderungen in Nordrhein-Westfalen angepackt. NRW braucht nun klare Verhältnisse, damit der begonnene gute Weg fortgesetzt werden kann. Mit unserer Bilanz und unseren Perspektiven stellen wir uns dem Votum der Wählerinnen und Wähler und bitten um einen klaren Auftrag für Hannelore Kraft und die NRWSPD zur Fortsetzung der rot-grünen Koalition.

1. NRW ist ein starkes Land.

Wir wollen, dass es weiterhin gut regiert wird.

Nordrhein-Westfalen ist das bevölkerungsreichste Bundesland und das wirtschaftliche Herz Deutschlands. Knapp 18 Mio. Menschen sind hier Zuhause – über ein Fünftel aller Einwohnerinnen und Einwohner der Bundesrepublik Deutschland. Ohne die Wirtschaftsleistung Nordrhein-Westfalens wäre das Wirtschaftswunder der 50er und 60er Jahre undenkbar gewesen, ohne das gerade hier tief eingeprägte Wissen um den Wert von sozialer Gerechtigkeit und gerechter Teilhabe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Haben und Sagen würde es den bundesdeutschen Sozialstaat in seiner heutigen Prägung nicht geben. Nordrhein-Westfalen und die Menschen in NRW haben damit viel für die Entwicklung Deutschlands geleistet. Darauf sind wir stolz. Auf dieser Tradition bauen wir auf.

NRW steht vor großen Herausforderungen. Der wirtschaftliche Strukturwandel, die demographische Entwicklung und der drohende Klimawandel stellen uns weiterhin gemeinsam vor die Aufgabe, neue Antworten zu finden und ausgetretene Pfade zu verlassen. Wir wissen jedoch: Wer die Menschen dabei mitnehmen will, der darf nicht nur fordern und fördern, sondern der muss auch neue Sicherheit geben.

Nirgendwo in Deutschland gibt es so viele Hochschulen und Konzernzentralen, so viele Großstädte und Kultureinrichtungen auf engstem Raum. Was Nordrhein-Westfalen ausmacht, sind jedoch die

47 Menschen, die hier leben und arbeiten. Sie machen NRW stark durch ihre Leistungsbereitschaft
48 genau so wie durch ihre gelebte Solidarität und Weltoffenheit. Ihrem Anpacken und ihrem
49 Zusammenhalt in guten wie in schwierigen Zeiten verdankt NRW seine wirtschaftliche Stärke und
50 seine soziale Stabilität. Die Menschen in NRW spüren, dass die grenzenlose Gier und die
51 rücksichtslose Ellenbogenmentalität der vergangenen Jahre weltweit nicht nur in eine der
52 schwersten Krisen der letzten Jahrzehnte geführt, sondern auch die für eine Gesellschaft wichtigen
53 Werte Gerechtigkeit, Mitmenschlichkeit, ja selbst die Freiheit in den Hintergrund hat treten lassen.
54 Gemeinsam mit ihrer überwiegenden Mehrheit akzeptieren wir Sozialdemokratinnen und
55 Sozialdemokraten dies nicht. Für uns ist und bleibt klar: Die Wirtschaft ist für den Menschen da –
56 nicht umgekehrt.

57
58 Gleichzeitig erleben wir eine beispiellose soziale Spaltung innerhalb der Gesellschaft. Immer mehr
59 hohen und höchsten Vermögen steht eine wachsende Armut gegenüber. Sozialdemokratinnen und
60 Sozialdemokraten finden sich mit dieser Entwicklung nicht ab. Wir wissen: Wenn eine Gesellschaft
61 zusammenhalten soll, dann muss es gerecht zugehen, dann müssen die stärkeren Schultern mehr
62 tragen als die schwächeren und dann muss auch die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und
63 Zukunftschancen für die finanziell Schwächeren möglich sein.

64
65 Die SPD-geführte Landesregierung hat die Politik der sozialen Kälte und der wirtschaftlichen
66 Unvernunft beendet und die Herausforderungen mutig angepackt. Mit ihrer Politik der Ermöglichung
67 hat sie NRW auf guten Weg gebracht:

- 68
- 69 • **Kein Kind zurücklassen. Gut für NRW.**
70 Nach jahrzehntelangem ideologischem Streit haben wir den Schulfrieden erreicht. Damit sichern
71 wir ein wohnortnahes Angebot von Grund- und weiterführenden Schulen. Mit der Sekundar-
72 schule und dem Ausbau der Gesamtschulen können Kinder länger gemeinsam lernen. Die
73 Studiengebühren haben wir abgeschafft und das letzte Kita-Jahr gebührenfrei gestellt. Durch die
74 Reform des Kinderbildungsgesetzes haben wir die Qualität unserer Kitas verbessert. Zudem
75 haben wir allein für das neue Kindergartenjahr über 16.000 neue U-3-Plätze geschaffen. Unter
76 dem Motto „Kein Kind zurücklassen“ werden zudem 18 Kommunen konkret gefördert, um zu
77 zeigen, wie durch vorbeugende Hilfen soziale Folgekosten vermieden werden können.
 - 78 • **Mitbestimmungsland Nr. 1. Gut für NRW.**
79 Wir haben die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst wieder gestärkt. Durch die Einführung
80 eines wirksamen Tariftreuegesetzes haben wir dafür gesorgt, dass Lohndumping bei öffentlichen
81 Aufträgen nicht weiter durch Steuergelder finanziert wird. Unsere Initiativen für den gesetzlichen
82 Mindestlohn und gegen die Auswüchse der Leih- und Zeitarbeit machen deutlich, wie Ordnung
83 am Arbeitsmarkt geschaffen werden kann. Im Ausbildungskonsens verfolgen wir gemeinsam mit
84 Gewerkschaften und Wirtschaft das Ziel: Kein Abschluss ohne Anschluss.
 - 85 • **Unsere Politik für Industrie, Mittelstand und Handwerk. Gut für NRW.**
86 Mit unserer Industriepolitik und der Förderung von Handwerk und Mittelstand, schaffen wir
87 neues nachhaltiges Wachstum für NRW. Damit legen wir die Grundlage für den Erhalt und den
88 Ausbau von Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Ohne den Einsatz der SPD-geführten
89 Landesregierung wäre die energieintensive Industrie bei der Energiewende unter die Räder
90 gekommen. Das Programm Fachkräftesicherung, unser Entwurf für ein Mittelstandsgesetz und
91 die Handwerksinitiative stehen für unsere konkreten Maßnahmen für Handwerk und Mittelstand.

92

93 • **Kommunen und Stadtwerke gestärkt. Gut für NRW.**

94 Wir haben für die schwächeren Städte und Gemeinden im Land einen zusätzlichen Stärkungspakt
95 Stadtfinanzen aufgelegt. Insgesamt steigt die Finanzausweisung aus dem Landeshaushalt um
96 jährlich rd. 850 Mio. Euro. Stadtwerke und andere kommunale Unternehmen haben wieder faire
97 Wettbewerbsbedingungen erhalten.

98
99 In kurzer Zeit hat die SPD-geführte Landesregierung viele wichtige Projekte aus dem Koalitionsvertrag
100 angepackt und damit große Teile des Wahlprogramms 2010 der NRWSPD umgesetzt. Nicht alles, was
101 für fünf Jahre geplant war, konnte binnen knapp zwei Jahren zum Abschluss geführt werden. Der
102 Anfang jedoch ist gemacht. Die Weichenstellungen stimmen: Priorität für Bildung, Kinder und
103 Kommunen, der Einsatz für Ordnung am Arbeitsmarkt und die gute Entwicklung des Industrielandes
104 NRW.

105
106 Nordrhein-Westfalen ist ein starkes Land. Wir wollen, dass es weiterhin gut regiert wird, deswegen
107 sind Berechenbarkeit und Verlässlichkeit auch auf dem weiteren Weg Markenzeichen unserer
108 sozialdemokratischen Politik in NRW. Wir sagen, was wir tun und wir tun, was wir sagen.

109
110

111 **2. Generationengerecht ist, was Zukunftschancen schafft.**

112 **Eine vorsorgende Politik als Basis für solide Finanzen.**

113

114 Bessere Arbeits- und Lebensbedingungen für die Menschen in unserem Land zu schaffen und den
115 Haushalt konsolidieren zu müssen, sind für uns kein Gegensatz, sondern bedingen sich gegenseitig.
116 Zukunftsfähige Haushaltspolitik funktioniert nicht mehr in den alten Kategorien! Der Weg, quasi mit
117 dem Rasenmäher Stellen zu streichen und große Ausgabenblöcke vor allem im sozialen Bereich zu
118 kürzen, war schon in der Vergangenheit wenig erfolgreich, sozialpolitisch kontraproduktiv,
119 unsolidarisch und ungerecht.

120

121 Tatsache ist doch:

122 Wenn notwendige Investitionen und Instandhaltungen versäumt werden, wird die Reparatur umso
123 teurer. Deshalb ist unsere Politik der Vorsorge auch finanzpolitisch sinnvoll. Was wir jetzt in Vorsorge
124 investieren, kommt als Rendite für Kinder und Familien, aber auch für die öffentlichen Haushalte
125 doppelt und dreifach zurück.

126

127 **Der politische Dreiklang.**

128 Unsere Politik der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte setzt deshalb auf den Dreiklang von
129 Sparen, Zukunftsinvestitionen und Einnahmeverbesserungen. Wir sorgen vor, um zu sparen - wir
130 sparen, um vorzusorgen.

131

132 Eine starke Wirtschaft, die nachhaltig wächst, und soziale Stabilität sind auch die Voraussetzung für
133 langfristig solide Staatsfinanzen. Unsere vorsorgende Politik setzt bei den Ursachen von
134 Einnahmeausfällen und Ausgabesteigerungen an, um Defizite durch eine Veränderung der Strukturen
135 und nicht durch kurzfristige Sozialkürzungen in den Griff zu bekommen.

136

137 Haushaltssolidierung und vorsorgende Politik sind zwei Seiten einer Medaille. Deshalb setzen wir
138 heute auf Zukunftsinvestitionen in Bildung und Qualifizierung, in die Förderung der wirtschaftlichen

139 Entwicklung und der Infrastruktur, in unsere Städte und Gemeinden, in den Klimaschutz und in den
140 sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Wir sind überzeugt davon, dass sich diese Investitionen
141 lohnen – für jeden Einzelnen und für die eine gute Entwicklung von NRW. Generationengerecht ist,
142 was Zukunftschancen schafft. So setzen wir unsere Prioritäten auch im Haushalt.

143
144 Eine Politik, die einseitig nur auf Ausgabenkürzungen setzt, führt in einen Teufelskreis nachlassender
145 Wirtschaftskraft und sinkender Einnahmen. Ein stetiges Wachstum ist für die
146 Haushaltskonsolidierung ebenso unabdingbar wie die Stärkung der Einnahmehasis von Ländern und
147 Kommunen. Eine angemessene Besteuerung großer Vermögen und Erbschaften, eine
148 Finanztransaktionssteuer und eine höhere Besteuerung von Spitzeneinkommen müssen zur
149 Finanzierung notwendiger staatlicher Aufgaben beitragen.

150
151 **Wir führen die Neuverschuldung weiter zurück.**
152 Schon jetzt hat die SPD-geführte Landesregierung die Neuverschuldung im Landeshaushalt
153 gegenüber den Planungen der schwarz-gelben Vorgängerregierung deutlich zurückgeführt. Wir
154 werden die Neuverschuldung des Landes weiter begrenzen und bis 2020 in deutlichen Schritten auf
155 Null zurückführen. Wir halten damit die grundgesetzliche Schuldenbremse ein. Eine Verankerung der
156 Schuldenbremse in der Landesverfassung soll zudem sicherstellen, dass von keiner Landesregierung
157 die Städte und Gemeinden als Ausfallbürgen für die Haushaltspolitik des Landes in Anspruch
158 genommen werden können.

159
160
161 **3. NRW nimmt alle mit.**
162 **Wir verbinden soziale Gerechtigkeit und Teilhabe mit Aufstiegschancen.**

163
164 Die Menschen in Nordrhein-Westfalen fühlen sich dem sozialen Zusammenhalt besonders
165 verpflichtet. Aus gewerkschaftlicher Solidarität und christlicher Soziallehre ist hier ein besonderes
166 Gefühl dafür entstanden, was eine Gesellschaft zusammenhält und was dazu beiträgt, dass sie sich
167 gut entwickelt. Bei uns hat die soziale Demokratie deshalb nicht nur eine große Tradition, sondern
168 auch eine gute Zukunft. Die Menschen wollen, dass es gerecht zugeht in Nordrhein-Westfalen. NRW
169 bleibt sozial.

170
171 Die Erfahrung vieler Menschen ist, dass alte Gewissheiten ein Ende gefunden haben, ohne dass an
172 ihre Stelle neue Sicherheit getreten wäre. Wir wollen, dass in NRW die Hoffnung, sozialen Aufstieg
173 für sich, vor allem aber für die Kinder und Enkel organisieren zu können, wieder größer wird als die
174 Sorge vor dem sozialen Abstieg. Wir richten uns deshalb an alle, die sich mit uns gemeinsam mit den
175 Zuständen nicht abfinden wollen, die unser Land weiter Stück für Stück gerechter und menschlicher
176 machen wollen, die soziale Fairness und gesellschaftliche Solidarität stärken wollen.

177
178 Soziale Gerechtigkeit, gesellschaftliche Teilhabe und Aufstiegschancen gehören dabei untrennbar
179 zusammen. Sie ergänzen und bedingen sich. Nur wer auf sicherem Boden steht, wird bereit sein,
180 Veränderungen zu wagen. Nur wer Aufstiegschancen hat, wird seine Talente und Möglichkeiten voll
181 entfalten. Nur wer gesellschaftliche Teilhabe erfährt, wird sich in die Gesellschaft einbringen.
182 Zuversicht, Leistungsbereitschaft und Gestaltungswille entstehen dadurch, dass Menschen
183 wertgeschätzt, mitgenommen, gefordert und gefördert werden. Als Sozialdemokratinnen und
184 Sozialdemokraten sagen wir: NRW nimmt alle mit.

185 **3.1. Kein Kind zurücklassen. Gut für NRW.**

186 Familien stärken heißt: Frühzeitig und vorsorgend helfen. Dazu ist es notwendig, die Angebote der
187 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, der Sozialhilfe sowie des Bildungs- und Gesundheitssystems mehr
188 miteinander zu vernetzen. Vorbeugend ausgerichtete Politik muss alle Kinder in den ersten
189 Lebensjahren oder – noch besser – bereits vor der Geburt des Kindes erreichen. So stärken wir die
190 Möglichkeiten zur Teilhabe von Eltern, Kindern und Jugendlichen. Wir brauchen eine
191 Präventionskette, in der bestehende Maßnahmen verzahnt, Lücken geschlossen und dadurch spätere
192 Kosten vermieden werden.

193 Unser Ziel ist: Kein Kind zurücklassen.

194

195 **Beste Bildung heißt für uns: Förderung von Anfang an.**

196 Weil Kinder starke Eltern brauchen, werden wir den Ausbau früher Hilfen verbessern. Die individuelle
197 Bildungsförderung werden wir ausbauen und für die Kitas bessere Rahmenbedingungen schaffen.
198 Unsere Ziele sind mehr Qualität, Inklusion und Beteiligung.

199 In den Familienzentren bieten die Träger kompetente Beratung vor Ort und aus einer Hand. Gerade
200 in sozial benachteiligten Stadtteilen wollen wir sie anbieten, ohne den generellen Ausbau aus dem
201 Blick zu verlieren.

202 Unser Ziel ist mehr Bildungsgerechtigkeit: Deshalb werden wir schrittweise die Elternbeitragsfreiheit
203 weiter ausbauen.

204 Mit einem Landesinvestitionsprogramm von 400 Mio. Euro unterstützen wir die Kommunen bei der
205 Schaffung von U-3-Plätzen. Damit verbessern wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

206 Wir bleiben bei der Erfüllung des Rechtsanspruches ein verlässlicher Partner der Kommunen.

207

208 Die Wahrnehmung und Beobachtung des einzelnen Kindes, eine am individuellen Bedarf orientierte
209 Entwicklungsförderung und die koordinierte Zusammenarbeit mit Eltern ist professionell zu
210 unterstützen. Die Übergänge, von der Kita in die Grundschule und von der Grundschule in die
211 weiterführende Schule, sind dabei sensibel zu begleiten.

212 Besonders wichtig ist eine durchgehende Sprachförderung, die in der Kita begonnen und in der
213 Grundschule fortgesetzt werden muss. Sprachförderung ist Aufgabe aller Bildungseinrichtungen.

214

215 **Wohnortnahe Grundschulen.**

216 Wo aufgrund zurückgehender Schüler/innenzahlen ein wohnortnahes Grundschulangebot gefährdet
217 ist, sorgen wir mit dem Prinzip „Kurze Beine – kurze Wege“ möglichst für ein entsprechendes
218 Angebot für alle Kinder. Im Mittelpunkt unserer Politik steht das Kind.

219

220 **Längeres gemeinsames Lernen.**

221 Die NRWSPD ist davon überzeugt, dass längeres gemeinsames Lernen Voraussetzung für ein ebenso
222 gerechtes wie förderndes Bildungssystem ist.

223

224 Mit dem Schulfrieden konnten wir unter Führung von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft eine
225 historische Einigung erzielen. Die jetzt eingeführten Regelungen in Verfassung und Schulgesetz
226 bieten die notwendige Flexibilität, ein modernes Schulangebot zu schaffen. Wir wollen das
227 Wahlrecht der Eltern vor Ort erhalten.

228

229

230

231 **Inklusive Schulen.**

232 Wir haben in Nordrhein-Westfalen damit begonnen, die inklusive Schule umzusetzen. Wir wollen,
233 dass Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen gemeinsam mit allen anderen Kindern lernen. Wir
234 werden ab 2013/14 den Rechtsanspruch auf einen Platz an einer allgemeinbildenden Schule
235 gesetzlich regeln. Um die zusätzlichen Aufgaben leisten zu können, werden wir zusätzliche
236 Fortbildungsmittel und notwendiges Lehrpersonal zur Verfügung stellen. Für die Eltern soll es eine
237 unabhängige Beratung und demokratische Elternvertretung geben.

238

239 **Den Ganzttag weiter ausbauen.**

240 Der Bedarf an Ganztagsplätzen wächst kontinuierlich. Wir werden die Ganztagsplätze in den
241 kommenden Jahren kontinuierlich ausbauen. Dazu brauchen Kommunen und Land auch die
242 finanzielle Unterstützung des Bundes. Hierzu streben wir eine Grundgesetzänderung an, die
243 Investitionsförderung vom Bund in den Schulausbau möglich macht. Bis 2015 sollten alle Kinder und
244 Jugendlichen ein Ganztagsangebot in der Nähe erreichen können. Langfristig setzen wir uns für ein
245 Recht auf Ganzttag ein.

246

247 **Die außerschulische Jugendarbeit weiter fördern.**

248 Wir fördern die Jugendarbeit und Teilhabe junger Menschen durch die Sicherung des Kinder- und
249 Jugendförderplans auf dem von uns angehobenen Niveau von 100 Mio. Euro. Wir wollen konsequent
250 die vorhandenen Partizipationsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche auf Kommunal- und
251 Landesebene überprüfen und ausbauen.

252

253 **Lehre und Forschung stärken.**

254 Junge Menschen sollen in NRW erfolgreich studieren können. Wir wollen kein Talent verlieren.
255 Deshalb sorgen wir dafür, dass auch die Studierwilligen des doppelten Abiturjahrgangs 2013 gleiche
256 Chancen auf ein gutes Studium erhalten und unsere Hochschulen hierauf gut vorbereitet werden.
257 Wie das Land muss auch der Bund zu seinen finanziellen Verpflichtungen im Rahmen des
258 Hochschulpaktes für zusätzliche Studienplätze stehen. Mit uns bleibt das Studium gebührenfrei.
259 Wir brauchen forschungsstarke Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen. Mit
260 regionalen Innovationsnetzwerken bauen wir wissenschaftliche Lösungskompetenz vor Ort auf.
261 Wir machen die Hochschulen fit für die Zukunft. Dazu entwickeln wir das Hochschulgesetz weiter und
262 stärken die Studentenwerke. Unser Ziel sind autonome Hochschulen in der Mitte der Gesellschaft,
263 offen für die Vielfalt der Studierenden, in denen demokratische Mitbestimmung täglich gelebt wird.

264

265 **Die Weiterbildung fortentwickeln.**

266 Lebensbegleitendes Lernen ist in der heutigen Zeit unverzichtbar. Weiterbildung ist auch öffentliche
267 Aufgabe zur Stabilisierung unseres demokratischen Gemeinwesens. Wir bekennen uns daher zur
268 kommunalen Pflichtaufgabe Weiterbildung durch die Volkshochschulen. Wir haben in der
269 vergangenen Legislaturperiode die Weiterbildung gestärkt und vorausgegangene Kürzungen
270 rückgängig gemacht. Zusammen mit allen Weiterbildungsträgern und –Einrichtungen wollen wir die
271 erfolgreiche Entwicklung der Weiterbildung in NRW fortschreiben. Zudem wollen wir
272 schnellstmöglich Auszubildende als Anspruchsberechtigte in das Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz
273 (AwbG) aufnehmen, damit diese für politische Weiterbildung freigestellt werden können.

274

275

276

277 **3.2. NRW bleibt sozial. Wir stellen den Menschen in den Mittelpunkt.**

278 Soziale Sicherheit und Förderung bedingen sich gegenseitig. Deswegen richten wir unsere Politik für
279 NRW nach den Bedürfnissen und Möglichkeiten der Menschen in unserem Land aus. Wir eröffnen
280 damit die Chance für jeden auf eigenverantwortliche Entwicklung und sichern die gesellschaftliche
281 Teilhabe ab. Die flächendeckende Einführung von Sozialtickets haben wir durch eine Förderung des
282 Landes unterstützt und werden diesen Weg konsequent fortsetzen. NRW bleibt sozial, deshalb
283 wollen wir:

284

285 **Integration voranbringen.**

286 Nordrhein-Westfalen war und ist Einwanderungsland. Menschen unterschiedlicher Herkunft haben
287 unser Land gemeinsam aufgebaut. Wir wollen, dass alle Menschen in NRW - egal welcher Herkunft
288 und welcher Hautfarbe - die Chance auf einen sozialen Aufstieg für sich und ihre Kinder haben. Damit
289 Integration und das Zusammenleben in Vielfalt gelingen, setzen wir uns für Chancengleichheit ein.
290 Gelungene Integration bedeutet Teilhabe an Arbeit, Bildung, beim Wohnen und im gesellschaftlichen
291 Leben. Wir stehen für eine Willkommenskultur, für eine Kultur der Anerkennung und des Respekts
292 für alle Menschen unabhängig von ihrer religiösen und kulturellen Identität. Dazu gehört auch das
293 kommunale Wahlrecht für Nicht-EU-Ausländer, die bei uns leben.

294

295 Deutschland hat es lange versäumt, die Integration von Eingewanderten systematisch zu
296 unterstützen. Deshalb haben wir ein Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und
297 Integration in Nordrhein-Westfalen verabschiedet, mit dem wir leistungsfähige
298 Integrationsstrukturen in unserem Lande aufbauen werden. Dazu gehören ein flächendeckendes
299 Netz von kommunalen Integrationszentren und Integrationsagenturen und eine Stärkung der
300 Handlungsmöglichkeiten der Migranten-Selbstorganisationen.

301

302 Für Flüchtlinge, die aufgrund von Bundesrecht keine Anerkennung als Asylbewerberinnen und
303 Asylbewerber haben, gewährleistet das Integrations- und Teilhabegesetz nun, dass sie in NRW
304 ungehinderten Zugang zu medizinischer Versorgung und ihre Kinder den Zugang zu
305 Bildungseinrichtungen erhalten. Denn für uns gilt: „Humanitäre Hilfe“ darf nicht kriminalisiert
306 werden.

307 Wir treten auch für eine Aufhebung des Asylbewerberleistungsgesetzes ein. Die unselige Praxis der
308 Kettenduldungen wollen wir beenden. Flüchtlinge, die sich seit Jahren in Deutschland aufhalten und
309 integriert haben, sollen ein Aufenthaltsrecht erhalten. Abschiebehaft darf nur ein letztes Mittel sein
310 und nicht bei besonders schutzbedürftigen Personen, zum Beispiel bei Minderjährigen, zur
311 Anwendung kommen. Abschiebungen in Länder, in denen die Sicherheit und Integration der
312 rückzuführenden Menschen staatlich nicht gewährleistet werden kann, werden wir mit allen
313 rechtlichen Möglichkeiten des Landes aussetzen.

314

315 **Gleichberechtigte Teilhabe bei Gesundheit und Pflege.**

316 Wir wollen, dass alle umfassend an einer guten medizinischen und pflegerischen Versorgung
317 teilhaben. Deshalb stellen wir uns konsequent auf die Seite der Patientinnen und Patienten. Eine
318 Zwei-Klassen-Medizin werden wir niemals akzeptieren. Wir wollen sowohl die gesetzliche
319 Krankenversicherung als auch die Pflegeversicherung in eine Bürgerversicherung umwandeln.

320 Mit der Einrichtung des Amtes der Patientenbeauftragten hat die SPD-geführte Landesregierung
321 schon einen wichtigen Beitrag geleistet, um Patientenrechte weiter zu stärken. Die Praxisgebühr hat
322 keine steuernde Wirkung entfaltet. Wir treten deshalb für ihre Abschaffung ein.

323 Angesichts der demographischen Entwicklung wollen wir unsere Gesundheits- und Pflegepolitik vom
324 Menschen aus denken und weiterentwickeln: Wir müssen dem Wunsch älterer Menschen nach
325 einem möglichst langen, aktiven, gesunden und sozial abgesicherten Leben im gewohnten Umfeld
326 Rechnung tragen. Dazu gehört die Förderung der Selbstständigkeit durch eine wohnortnahe
327 Versorgung und die Gestaltung der Barrierefreiheit in allen Fragen des täglichen Lebens. Auch für
328 Menschen mit einem intensiven Unterstützungsbedarf müssen der Grundsatz „ambulant vor
329 stationär“ und das Recht auf Selbstbestimmung gelten.

330
331 Deshalb wollen wir mit der Novellierung des Landespflegegesetzes das Pflegeangebot vor Ort sichern
332 und weiterentwickeln.

333
334 Wir stehen bereits am Beginn eines dramatischen Fachkräftemangels in der Pflege. Deshalb werden
335 wir dafür sorgen, dass die Zahl der Ausbildungsplätze erhöht wird. Als ersten wichtigen Schritt hat die
336 SPD-geführte Landesregierung bereits die gesetzlichen Grundlagen für die Einführung der
337 Umlagefinanzierung in der Pflege in 2012 geschaffen. Dem sich abzeichnenden Ärztemangel im
338 ländlichen Raum wollen wir entgegenwirken.

339

340 **Demographischen Wandel gestalten.**

341 Die älter werdende Gesellschaft ist eine Chance für unser Land. Wir wollen Erfahrung und
342 Verantwortungsbereitschaft der Älteren noch mehr als bisher nutzen. Um gleichberechtigte Teilhabe
343 in allen gesellschaftlichen Bereichen zu ermöglichen, müssen wir den demographischen Wandel als
344 politische Querschnittsaufgabe begreifen. Nicht nur Pflege und Gesundheit, auch Bildung, Wohnen,
345 Städtebau und Verkehr müssen dieser besonderen Herausforderung gerecht werden, um
346 Lebensqualität zu erhalten. Die Seniorenwirtschaft wird zu einer Wachstumsbranche in NRW.

347

348 **Nichtraucherschutzgesetz**

349 Wir werden für einen konsequenten Nichtraucherschutz sorgen, in dem zum Schutz von Kindern und
350 Jugendlichen Ausnahmen, insbesondere in Einrichtungen wie Kitas, Schulen, Jugendzentren und
351 geschlossenen Sportstätten nicht zugelassen werden.

352

353 **Ein inklusives NRW.**

354 In Nordrhein-Westfalen leben rund 2,5 Mio. Menschen mit Behinderungen, rund 1,7 Mio. von ihnen
355 gelten als schwerbehindert. Aufgabe des Sozialstaats ist es, die behinderungsbedingten Nachteile
356 auszugleichen und den Menschen trotz ihres Handicaps Teilhabe am gesellschaftlichen, am
357 kulturellen und am Arbeitsleben zu gewährleisten.

358

359 Mit einem Aktionsplan für NRW werden wir das ganz im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention
360 umsetzen.

361

362 **Geschlechtergerechtigkeit endlich verwirklichen.**

363 Wir werden die Gleichstellung von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen Bereichen weiter
364 voranbringen.

365

366 Zur Verbesserung der Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und als Know-how-Transfer
367 entwickeln wir in jeder der 16 arbeitsmarktpolitischen Regionen des Landes ein regional vernetztes
368 Kompetenzzentrum „Frau und Beruf“. Diese Zentren schaffen u.a. neue Zugänge für Frauen am
369 Arbeitsmarkt, organisieren eine umfassende Berufsorientierung für Mädchen, unterstützen

370 Gründerinnen und Unternehmerinnen und sind den Unternehmen bei der Entwicklung und
371 Umsetzung frauenfördernder Maßnahmen behilflich.

372

373 Das Landesgleichstellungsgesetz NRW werden wir novellieren, um eine aktive Frauenförderung
374 auszugestalten. Hier wird NRW seine Vorreiterrolle behaupten und wirksame Regelungen für eine
375 geschlechterparitätische Gremienbesetzung schaffen.

376

377 Bei der Frauenhausfinanzierung haben wir mit der Aufstockung um die 4. Personalstelle unser
378 Wahlversprechen gehalten. Perspektivisch ist es unser Ziel, jeder von Gewalt betroffenen Frau und
379 jedem ihrer Kinder kostenlose Zuflucht in einem Frauenhaus zu garantieren.

380 Wir werden den Landesaktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt an Frauen und Mädchen
381 weiterentwickeln und dabei vor allem auch die Themen Zwangsverheiratung und Gewalt an Frauen
382 und Mädchen mit Behinderungen gerecht werden. Für Mädchen und junge Frauen bedarf es zudem
383 spezialisierter Unterstützungsangebote, wie es in NRW bereits das Mädchenhaus Bielefeld
384 bereitstellt.

385

386 **Gleichberechtigt leben.**

387 Uns ist die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen wichtig. Wir verstehen den Abbau von
388 Diskriminierung und Homophobie als Querschnittsaufgabe.

389

390 Wir wollen zur Förderung der Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Lebensweisen eine landesweite
391 Kampagne in NRW initiieren und richten eine Koordinierungsstelle ein. Wir setzen uns ein für die
392 generelle Aufhebung der Unrechtsurteile bei den in Deutschland wegen homosexueller Handlungen
393 verurteilten Menschen aufgrund des Paragraphen 175 zwischen 1949 und 1994.

394

395 **Kunst, Kultur und Sport fördern, Medienvielfalt sichern.**

396 Kultur und Sport leisten wichtige Aufgaben für gesellschaftlichen Fortschritt und Zusammenhalt. Sie
397 aktivieren Menschen, wecken Kreativität und stärken das Sozialverhalten. Wir werden die
398 Kommunen stärker bei ihren kulturpolitischen Aufgaben unterstützen und selbst neue Akzente
399 setzen, u.a. in den wir die Förderung von Kunst, Kultur und kultureller Bildung auf eine gesetzliche
400 Grundlage stellen.

401 Die erfolgreichen Initiativen „Kulturrucksack – gleiche Zugangschancen zu kulturellen Angeboten“ –
402 und „Jedem Kind sein Instrument“ ermutigen uns dabei.

403

404 Wir werden das Freiwillige Soziale Jahr in der Kultur weiter ausbauen und fördern. Für die
405 Jugendlichen soll es ein Bildungs- und Orientierungsjahr sein, in dem sie freiwilliges Engagement mit
406 ihrer persönlichen und beruflichen Weiterbildung verbinden können.

407

408 Wir werden den Breiten- und Spitzensport weiter fördern und den gemeinsam mit dem
409 Landessportbund NRW geschlossenen „Pakt für den Sport“ partnerschaftlich fortsetzen.

410 Mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk sowie den kommerziellen Medienkonzernen und
411 Verlagshäusern haben wir uns an ein qualitativ herausragendes, publizistisches Angebot gewöhnt.

412 Diese Balance wollen wir in Rundfunk, Presse und im Internet bewahren. Zugleich gewinnen die
413 Neuen Medien zunehmend an Medienmacht: Für uns bedeutet das, dass die Medienregulierung
414 zukünftig nicht nur für national tätige, vergleichsweise mittelständisch geprägte
415 Medienunternehmen, sondern auch für internationale Finanz- und Medienkonzerne gelten muss.

416 Wir werden unabhängigen und fairen Journalismus besonders in den lokalen Medien, deren
417 Finanzierungsstrukturen unter erheblichen Druck geraten sind, unterstützen.

418

419

420 **4. NRW schafft Wohlstand durch Wirtschaftskraft.**

421

422 **4.1. Für eine Wirtschafts-, Industrie-, Energie- und Klimapolitik aus einem Guss.**

423 Nordrhein-Westfalen ist Industriestandort und muss es bleiben. Die globale Finanzkrise hat das
424 eindrucksvoll bestätigt. Dies erreichen wir mit einer Industriepolitik, die Innovation fördert, die
425 Arbeitsplätze sichert und das Klima schützt.

426 Vorsorgende Wirtschafts- und Strukturpolitik fördert einen stabilen Mittelstand, hilft den
427 Unternehmen bei der Gewinnung qualifizierter Fachkräfte, ermöglicht Innovationen für nachhaltiges
428 Wirtschaften und unterstützt die Wirtschaft bei der Erschließung neuer, zukunftsfähiger Leitmärkte.
429 Wir werden die Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen mit einem Mittelstandsgesetz auf
430 eine neue Grundlage stellen und die begonnene Handwerksinitiative NRW fortführen.

431

432 **Wachstum und Innovation durch Fortschrittmotor Klimaschutz.**

433 Klimaschutz ist eine gewaltige Aufgabe, aber auch eine große Chance. Durch Anstrengungen im
434 Klimaschutz kann der Industriestandort NRW gestärkt werden: Klimaschutz als Fortschrittmotor. Es
435 zeigt sich, dass die Leitmärkte der Zukunft eine ausgeprägte ökologische Dimension aufweisen
436 werden. Klimaschutz kann so zum Job-Motor werden. Wir wollen das Energie- und Industrieland
437 Nordrhein-Westfalen zu einem Vorreiter für Effizienzsteigerungen beim Einsatz von Rohstoffen und
438 Energie machen. Die NRWSPD wird weiterhin dafür sorgen, dass Wissenschaft und Wirtschaft,
439 Gewerkschaften und Verbraucher gemeinsam an den formulierten Zielen arbeiten, damit wir
440 zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen. Wir sehen: Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat keinen
441 Masterplan für die Energiewende. Wir in NRW wollen mit einem integrierten Energie- und
442 Klimaschutzplan zeigen, wie NRW seinen Beitrag zu den nationalen und internationalen
443 Klimaschutzzielen leisten kann. Hierzu haben wir in den vergangenen 20 Monaten eine gute
444 Vorarbeit geleistet.

445 Mit der „Expo Fortschrittmotor Klimaschutz“ werden wir zeigen, welche Fortschritte auf den Feldern
446 Klimaschutz, innovative Technologien und Stadtumbau durch gemeinsames Handeln von Wirtschaft,
447 Kommunen und Land zum Nutzen der Menschen erreicht werden können.

448

449 **Nordrhein-Westfalen war Vorreiter beim Ausstieg aus der Atomenergie.**

450 Atommüll soll nur noch einmal transportiert werden, und zwar in ein Endlager. Den Transport der
451 radioaktiven Abfälle des Forschungsreaktors in Jülich ins Zwischenlager nach Ahaus, wie die
452 Bundesregierung es plant, lehnen wir ab. Die Bundesregierung muss hier zur gemeinsamen
453 Verantwortung stehen und an einer Lösung ohne Atomtransporte mitwirken.

454 Nach dem bundesweit beschlossenen Ausstieg aus der Atomkraft setzen wir vorrangig auf die
455 Steigerung der Energieeffizienz und den Ausbau der erneuerbaren Energien sowie von
456 Speichertechnologien. Dies ist auch zum Schutz von Umwelt und Klima notwendig. Wir setzen auf
457 den Ausbau der energetischen Sanierung von Gebäuden und werden gezielt moderne Techniken, wie
458 dezentrale KWK-Anlagen zur Wärme- und Stromversorgung in Ein- und Mehrfamilienhäusern,
459 fördern. Für eine Übergangszeit werden wir eine sichere und bezahlbare Versorgung mit Strom aber
460 nur mit konventionellen Kraftwerken möglichst in Kraft-Wärme-Kopplung auf Basis fossiler
461 Energieträger sicherstellen können.

462 Wir setzen bei der Energiewende auf den Dialog mit Gewerkschaften, Wirtschaft und
463 gesellschaftlichen Gruppen. So stellen wir sicher, dass neue Märkte und Arbeitsplätze entstehen und
464 traditionell in NRW starke Branchen und Unternehmen nicht in ihrer Existenz gefährdet werden.

465
466

467 **4.2. Ein starkes Europa – gut für NRW.**

468 Die Finanzkrise und die zur Stabilisierung des Euro notwendigen Maßnahmen haben gezeigt: wir
469 brauchen nicht weniger, sondern mehr Europa. NRW liegt mitten in Europa und mehr als die Hälfte
470 unserer Exporte geht in Länder der EU. Europa ist für uns mehr als ein gemeinsamer Markt und eine
471 gemeinsame Währung. Wir treten ein für ein soziales Europa, das den Bürgern aller Mitgliedstaaten
472 eine Perspektive für ein Leben in Frieden, Wohlstand und sozialer Sicherheit bietet. Deshalb wollen
473 wir eine EU, die die höchsten sozialen Standards als Zielvorgabe nimmt, nicht die niedrigsten.

474

475 In der aktuellen Krise treten wir ein für eine gemeinsame Wirtschaftspolitik, die die Wachstumskräfte
476 in den Krisenländern stärkt und den Menschen Zukunftsperspektiven in ihren Heimatländern bietet.
477 Wir treten auch dafür ein, die Verursacher der Krise an der Bewältigung der Folgen zu beteiligen.
478 Eine Finanztransaktionssteuer kann Spekulationen begrenzen und zur Finanzierung der
479 Krisenbewältigung beitragen.

480

481 Wir setzen uns dafür ein, dass Nordrhein-Westfalen auch in Zukunft von den europäischen
482 Strukturfonds im bisherigen Umfang profitieren kann. Wir setzen uns dabei für eine Vereinfachung
483 der Förderverfahren ein und werden die Mittel auf Schwerpunkte der Landespolitik, wie die
484 Förderung der sozialen Eingliederung und Begrenzung der Armut durch vorbeugende Politik,
485 konzentrieren.

486

487 **4.3. Eine Welt Politik als Zukunftspolitik**

488 Viele in NRW ansässige Unternehmen, Hochschulen und zivilgesellschaftliche Organisationen
489 arbeiten mit Partnern in aller Welt zusammen. Dies gilt zunehmend auch für Schwellen- und
490 Entwicklungsländer. Eine-Welt-Politik fördert diese Zusammenarbeit in vielfältiger Weise. Die
491 Aktivierung von zivilgesellschaftlichem Engagement ist dabei unverzichtbar. Als starkes
492 Wirtschaftsland werden wir die Unternehmen stärker in die Eine-Welt-Politik mit einbeziehen. Der
493 UN-Standort Bonn ist als Impulsgeber für globale Entwicklung und Umwelt für das Land wichtig.
494 Fairer Handel braucht Unterstützung. Deshalb hat die Landesregierung ihr Beschaffungswesen an
495 diesem Grundsatz orientiert.

496

497 **4.4. Ökologie und soziale Gerechtigkeit.**

498 Für die NRWSPD ist Nachhaltigkeit stets der Dreiklang aus: ökonomisch, ökologisch und sozial. Eine
499 saubere Umwelt und ein gesundheitlich unbelastetes Umfeld sind zu schützende Lebensgrundlagen.
500 Menschen mit geringem Einkommen leben oftmals in einer stärker belasteten Umwelt, in
501 Wohngebieten mit hoher Luftbelastung oder an lauten Verkehrsstraßen. Einkommensschwache
502 Haushalte wenden gegenüber einkommensstarken einen größeren Anteil ihres verfügbaren
503 Einkommens für Energie auf, steigende Energiekosten treffen sie daher besonders.

504 Klimaschutz und Energiewende führen zu erheblichen gesellschaftlichen und technischen
505 Veränderungen. Der Umbau zu einer nachhaltig wirtschaftenden Gesellschaft darf nicht zu
506 unzumutbaren Belastungen für die Menschen mit geringem Einkommen führen.

507

508 **Lebensgrundlagen sichern.**

509 In NRW liegen Natur und industrielle Produktion in enger Nachbarschaft. Die politische Aufgabe
510 besteht darin, jeweils einen tragfähigen Konsens zu finden, der Beschäftigung sichert, die Umwelt
511 schützt und eine nachhaltige Entwicklung der natürlichen Lebensräume ermöglicht. Für die NRWSPD
512 gilt: Die Sicherheit der Ressource Trinkwasser darf nicht gefährdet werden. Trinkwasser ist das
513 Lebensmittel Nummer Eins. Deshalb halten wird derzeit die Erdgasgewinnung durch die
514 Frackingmethode für ein unkalkulierbares Risiko.

515

516 **4.5. Verbraucherschutz - Wir setzen Maßstäbe.**

517 Unsere Verbraucherpolitik folgt dem Leitbild der aufgeklärten Verbraucherin/des aufgeklärten
518 Verbrauchers. Verbrauchberatung ist daher auch in den "weißen" Flecken des Landes notwendig.
519 Moderne Verbraucherpolitik muss Kinder und Jugendliche vor der Verschuldung schützen.
520 Verbraucherbildung sollte deshalb in den Schulen beginnen.

- 521 • Wir wollen die Plage der unerlaubten Telefonwerbung beenden und ihr einen gesetzlichen Riegel
522 vorschieben.
- 523 • Wir fordern, dass sich auch die Privat- und Genossenschaftsbanken an der Finanzierung der
524 Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung beteiligen.
- 525 • Wir wollen Verlässlichkeit bei den Ökostrom-Tarifen und setzen uns für ein einheitliches
526 Ökostromlabel ein.
- 527 • Ein Ladenöffnungsgesetz muss einen guten Ausgleich zwischen den Interessen der Verbraucher,
528 der Verkaufsstelleninhaber und der Beschäftigten schaffen. Wir werden uns dafür einsetzen, die
529 Aushöhlung des Sonn- und Feiertagsschutzes zu korrigieren.

530

531 **4.6. Chancen schaffen - Öffentliche Infrastruktur stärken.**

532 Die öffentliche Infrastruktur ist wichtig für das Funktionieren einer Gesellschaft, den wirtschaftlichen
533 Erfolg, die Lebensqualität und die Nachhaltigkeit. Ob Verkehr, ob Stadt und Wohnquartier oder
534 Zugang zu Energie oder Internet: Eine gute öffentliche Infrastruktur schafft Chancen und
535 Arbeitsplätze und damit letztlich Lebensqualität. Deswegen müssen Mobilität und Wohnraum für alle
536 Menschen nutzbar und bezahlbar sein; sie müssen bedarfsgerecht und barrierefrei bereitgestellt
537 werden, um Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit zu gewährleisten.

538

539 **Unsere Anforderungen an eine Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik.**

540 Eine vorausschauende Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik braucht integrierte,
541 stadtteilorientierte Handlungsansätze. Sie muss für das Funktionieren einer Gesellschaft,
542 Nahversorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs sowie die Anbindung an das gesellschaftliche Leben
543 durch Bereitstellung der notwendigen technischen und sozialen Infrastrukturen gewährleisten. Das
544 gilt auch für den ländlichen Raum. Unsere Wohnungspolitik muss alters- und familiengerechten
545 Wohnraum gewährleisten.

546

547 **Soziale Wohnraumförderung**

548 Deshalb wollen wir die stadtteilorientierte Neuausrichtung der sozialen Wohnraumförderung in
549 Nordrhein-Westfalen auf Basis des Landeswohnungsbauvermögens fortsetzen und die vorhandenen
550 Kräfte auf die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für einkommensschwächere
551 Bevölkerungsgruppen konzentrieren. Eine große Herausforderung ist sowohl die energetische
552 Sanierung als auch der barrierefreie Umbau des Wohnungsbestands. Hier darf der Bund sich nicht
553 aus der Verantwortung ziehen. Der Bund muss sich zum sozialen Wohnungsbau bekennen und die

554 bewährten Programme der Städtebauförderung, wie z.B. „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau West“,
555 zukünftig finanziell auskömmlich ausstatten, die Kompensationszahlungen für die soziale
556 Wohnraumförderung auch nach 2013 auf bisherigem Niveau fortsetzen und ausreichende Mittel für
557 die energetische Sanierung bereitstellen.

558
559 Für die NRWSPD hat der soziale Schutz der Mieterinnen und Mieter große Bedeutung. Deswegen
560 werden wir in enger Zusammenarbeit mit den zugehörigen Verbänden die Regelungen zu den
561 Kündigungssperrfristen fortentwickeln und die Eingriffsmöglichkeiten der Kommunen bei
562 vernachlässigten Wohnungsbeständen bis hin zu Ersatzvornahmen und zum Rückbau stärken.

563
564 Unsere Innenstädte sollen durch landesplanerische Hilfen attraktiver werden. „Zentren schädliches
565 Bauen auf der grünen Wiese“ wollen wir verhindern.

566
567 **Mobilität und Verkehr.**

568 Nordrhein-Westfalen ist das Bundesland mit den meisten Großstädten und dem größten
569 Verkehrsaufkommen. Ein intaktes Netz aus Straßen, Schienen und Binnenwasserstraßen ist
570 Voraussetzung für einen starken Wirtschaftsstandort und den Erhalt und Ausbau von Arbeitsplätzen.
571 Fußgänger und Radfahrer wollen wir über unseren Aktionsplan Nahmobilität weiter fördern.

572
573 Für die Instandhaltung unserer Straßen und Schienen- und Wasserwege mit den dazu gehörigen
574 Brücken und Schleusen müssen die erforderlichen Mittel für deren Instandhaltung bereitgestellt
575 werden. Nur so kann anhaltender Substanzverlust aufgehalten und gleichzeitig der Lärmschutz
576 verbessert werden. Wir brauchen einen Masterplan „Mobilität und Infrastruktur“.

577
578 Wir werden dem Grundsatz „Erhalt vor Neubau“ folgen, um die Lebensadern unserer
579 Wirtschaftsregion funktionsfähig zu halten und eine bezahlbare und umweltfreundliche Mobilität für
580 möglichst viele Menschen zu sichern. Neubauvorhaben werden schwerpunktmäßig da realisiert, wo
581 wichtige Lückenschlüsse und Maßnahmen zur Optimierung des bereits vorhandenen Verkehrsnetzes,
582 wie zum Beispiel Engpassbeseitigung, erforderlich sind.

583
584 Wir werden die Bürgerbeteiligung im Rahmen von Planungsverfahren ausweiten. Wir sind überzeugt
585 davon, dass eine ehrliche und realistische Verkehrsplanung mit verstärkter Bürgerbeteiligung die
586 gesellschaftliche Akzeptanz von Verkehrsinfrastrukturprojekten erhöht. Dafür müssen auch
587 Planungsprozesse schneller zum Abschluss gebracht werden können.

588 Wir erwarten vom Bund eine gerechte Verteilung der Mittel für Nordrhein-Westfalen für Bundes-
589 und Bundesfernstraßen, Bundesschienenwege und Binnenwasserstraßen.

590
591 **Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV).**

592 Wir wollen einen attraktiven und bezahlbaren öffentlichen Nahverkehr für alle Menschen. Die
593 Finanzierung des ÖPNV in Nordrhein-Westfalen muss neu und transparent organisiert werden. Wir
594 fordern vom Bund eine möglichst zeitnahe Realisierung des Rhein-Ruhr-Express (RRX) und eine
595 verlässliche Finanzierungszusage, sowie den Ausbau der Knoten Köln, Dortmund und Hamm.

596
597 **Schienengebundener Güterverkehr.**

598 Der Ausbau des schienengebundenen Güterverkehrs ist dringend notwendig, auch um das
599 Straßennetz zu entlasten. Deshalb werden wir uns weiterhin für den zügigen Ausbau der

600 niederländisch–deutschen Betuwe-Linie gegenüber der Deutschen Bahn und dem Bund einschließlich
601 dem zugesagten Lärmschutz und der Beseitigung niveaugleicher Bahnübergänge einsetzen. Wir
602 setzen uns weiter ein für die Ruhr-Sieg-Strecke und das Schienenprojekt „Eiserner Rhein“, orientiert
603 an der Trasse der Autobahn 52. Für uns sind vor allem der Ausbau von Umschlagknoten von
604 Güterverkehren von der Straße zur Bahn wichtig.

605

606 **Elektromobilität ist Zukunftsverkehr.**

607 Eine SPD-geführte Landesregierung wird ausreichende Finanzmittel zur Beteiligung am
608 Bewerbungsverfahren für das Bundesprogramm "Schaufensterregionen" zur Förderung der
609 Elektromobilität bereitstellen.

610

611 **NRW schafft Planungssicherheit für die Nutzung des knappen Raumes.**

612 Wir werden einen Landesentwicklungsplan (LEP) auf den Weg bringen, der den überörtlichen und
613 fachübergreifenden Ausgleich der Ansprüche an den Raum mittel- bis langfristig festlegt. Der LEP
614 wird die notwendigen Rahmenbedingungen setzen, um die Ziele beim Ausbau der erneuerbaren
615 Energien und beim Klimaschutz zu erreichen. Er wird gewährleisten, dass die Rohstoff gewinnende
616 Industrie die notwendige Planungs- und Investitionssicherheit erhält und durch kluge Planung wieder
617 Akzeptanz vor Ort erhalten kann. Der Flächenverbrauch soll in einem ersten Schritt auf 5 ha/Tag
618 sinken. Hierzu sollen die Stadtentwicklung, die Verkehrsplanung, das Brachflächenrecycling und auch
619 der LEP ihren Beitrag leisten. Es gilt zuerst, alte Industrie- und Bahnflächen wie auch militärische
620 Liegenschaften zu nutzen. Das stärkt Städte und Gemeinden.

621

622

623 **5. NRW setzt auf gute Arbeit und gerechte Löhne.**

624

625 Seit 10 Jahren waren nicht mehr so viele Menschen wie heute in Beschäftigung. Trotz dieser
626 positiven Entwicklung spaltet sich der Arbeitsmarkt weiter: Die Zahl der Arbeitnehmerinnen und
627 Arbeitnehmern, deren Stundenlohn unter 8,50 Euro/Stunde liegt, wächst stetig. Mehr als die Hälfte
628 der neuen Arbeitsverträge sind befristet, jeder vierte Beschäftigte und jede dritte Frau in
629 Deutschland arbeiten für einen Niedriglohn. Rund 200.000 Beschäftigte in NRW beziehen zusätzlich
630 zu ihrem Lohn staatliche Transferleistungen.

631 Zu viele Menschen sind so dauerhaft von gesellschaftlichem Wohlstand auch in NRW abgekoppelt.
632 Ihnen wird die Chance auf gesellschaftlichen Aufstieg genommen. Gleichzeitig fehlen bis zum Jahr
633 2020 über 600.000 Fachkräfte in NRW. Dieser Entwicklung stellen wir uns entgegen. Wir wollen eine
634 Perspektive für die Menschen schaffen, die aufgrund mehrfacher Vermittlungshindernisse keine
635 Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben. Das Leitbild der SPD bleibt weiterhin: Gute Arbeit für
636 alle!

637

638 Für die NRWSPD hört Demokratie nicht am Werkstor oder der Bürotür auf. Wir haben mit der
639 Neufassung des Landespersonalvertretungsgesetzes bewiesen, dass Mitbestimmung auf Augenhöhe
640 wichtig ist. Das Land geht als Vorbild voran und zeigt, dass Veränderungen am besten gemeinsam mit
641 den Beschäftigten zu erreichen sind.

642

643 **Eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt ist nötig.**

644 Die Verbindung von Vollbeschäftigung, anständigen Arbeitsbedingungen und fairen Löhnen ist das
645 Kennzeichen für gute Arbeit. Wir müssen Mindeststandards als Regeln auf dem Arbeitsmarkt

646 einführen. Bei einem Mindestlohn von 8,50 Euro würden davon allein in unserem Land eine Million
647 Menschen profitieren. Die öffentlichen Kassen von Stadt und Land würden um gut eine halbe
648 Milliarde besser gestellt. Mit dem Tariftreuegesetz und dem dort für öffentliche Aufträge geregelten
649 Mindestlohn haben wir ein Zeichen gesetzt.

650 Wir entwickeln eine Strategie gegen den drohenden Fachkräftemangel und werden neue Chancen
651 durch Gestalten von Übergängen schaffen: von der Schule in den Beruf und in die Hochschule und
652 von der Hochschule in den Beruf, von der Ausbildung in unbefristete Beschäftigung, von der
653 Arbeitslosigkeit in die Erwerbsarbeit und von prekärer Beschäftigung in Arbeit, von der man gut
654 leben kann.

655
656 Für uns ist wichtig, dass mit einer Politik für gute Arbeit wieder Teilhabe und sozialer Aufstieg
657 möglich werden. Wer sich anstrengt, erhält nicht nur die Chance auf Aufstieg, sondern auch die
658 Solidarität der Gesellschaft.

659
660 Wir setzen uns ein

- 661 • für einen flächendeckenden Mindestlohn von 8,50 Euro,
- 662 • für neue Regeln gegen Missbrauch in der Leih- und Zeitarbeit,
- 663 • für gleichen Lohn für gleiche Arbeit, also Equal Pay ohne Tarifvorbehalt,
- 664 • für eine Begrenzung der sachgrundlosen Befristung und für klare Regelungen für Werkverträge,
665 sowie für Dauer, Bezahlung und Anzahl von Praktika,
- 666 • für die Begrenzung auf 12 Arbeitsstunden pro Woche bei den Minijobs und für die Bestrafung
667 von Verstößen gegen geltendes Arbeits- und Sozialrecht,
- 668 • für einen sozialen Arbeitsmarkt, dessen Kern es ist, dauerhafte Beschäftigung statt
669 Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Die in einem sozialen Arbeitsmarkt geschaffenen Arbeitsplätze,
670 vorrangig in Bereichen des gesellschaftlichen Bedarfes, sollen tariflich vergütet und
671 sozialversicherungspflichtig sein.
- 672 • für den Abbau von unnützen Warteschleifen in der Ausbildung. Alle jungen Menschen, ob mit
673 oder ohne Zuwanderungshintergrund, die ausbildungsfähig und ausbildungswillig sind, erhalten
674 einen Ausbildungsplatz. Für diese Ausbildungsgarantie haben wir im Ausbildungskonsens die
675 Grundlagen geschaffen. Studien- und Berufswahlorientierung sollen flächendeckend ausgebaut
676 werden und das Übergangssystem wirksam optimieren. Unser Leitsatz ist: „Kein Abschluss ohne
677 Anschluss“.

678
679 Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten steht fest: Nur wer Aufstiegschancen hat, kann
680 seine Talente und Möglichkeiten entfalten.

681
682 **6. Starke Städte – starkes Land.**
683 **Gemeinsame Verantwortung für NRW.**
684

685 **6.1. Wir eröffnen neue Chancen für unsere Städte und Gemeinden.**

686 Die Kreise, Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen sind Heimat der Menschen und das
687 Fundament unserer Gesellschaft. Sozillasten, Strukturwandel und fehlende Einnahmen überfordern
688 die Finanzkraft vieler Kommunen. Die Haushaltslage ist vielerorts dramatisch.

689
690 CDU und FDP haben den Städten und Gemeinden die Luft zum Atmen genommen, indem sie den
691 Kommunen über 3 Mrd. Euro in nur fünf Jahren entzogen bzw. sie zusätzlich belastet haben.

692 Stadtwerke und kommunale Unternehmen wurden an den Rand der Wettbewerbsfähigkeit gedrängt.
693 Die Steuergeschenke der Bundesregierung an Hoteliers und reiche Erben und steigende Soziallasten
694 haben die Probleme verschärft.

695

696 **Wir stehen an der Seite der Kommunen.**

- 697 • Wir reden mit den Kommunen auf gleicher Augenhöhe.
698 • Mit dem „Aktionsplan Kommunal Finanzen“ geben wir den Kommunen seit dem
699 Nachtragshaushalt 2010 jährlich 300 Mio. Euro zurück. Heute stellen wir mit dem
700 Gemeindefinanzierungsgesetz 2012 rund 8,4 Mrd. Euro für die Kommunen bereit, die
701 höchsten Zuwendungen in der Geschichte des Landes.
702 • Mit dem „Stärkungspakt Stadt Finanzen“ erhalten Kommunen in besonderen Notlagen in den
703 nächsten 10 Jahren rund 5,3 Mrd. Euro zur Haushaltssanierung. Wir haben die
704 Handlungsmöglichkeiten der Kommunen bei der Haushaltssanierung erweitert. Der
705 Stärkungspakt ist Ausdruck der gemeinsamen Verantwortung von Land und Kommunen für
706 die Menschen in NRW.
707 • Energie, Ver- und Entsorgung, Verkehr und andere Aufgaben der Daseinsvorsorge dürfen
708 nicht alleine dem privaten Gewinnstreben überlassen werden. Deshalb haben wir das
709 Gemeindefinanzierungsrecht reformiert und „Privat vor Staat“ beendet.

710

711 **Wir gehen den Weg konsequent weiter.**

712 Der Stärkungspakt Stadt Finanzen verlangt auch in Zukunft große Anstrengungen und Solidarität des
713 Landes mit den Kommunen als auch der Kommunen untereinander. Ein Auspielen von Städten,
714 Gemeinden und Kreisen sowie der Kommunalverbände gegeneinander werden wir nicht zulassen.

715 Der Zwang zur Haushaltskonsolidierung darf die kommunale Selbstverwaltung nicht aushöhlen. Wir
716 werden die Kommunen nicht „kaputtsparen“. Betriebsbedingte Kündigungen kommen für uns nicht
717 in Frage. Die Ausbildung junger Menschen und Beförderung qualifizierter Kräfte muss möglich
718 bleiben.

719 Wir stellen sicher, dass auch die finanzschwachen Kommunen an wichtigen Förderprogrammen
720 teilnehmen können.

721 Wir werden das System der Gemeindefinanzierung weiterentwickeln. Durch die Verankerung einer
722 angemessenen Finanzausstattung der Kommunen in der Landesverfassung wollen wir eine dem
723 Kommunalisierungsgrad in NRW entsprechende Finanzierung der Kommunen dauerhaft absichern.

724 Die Sicherung der kommunalen Selbstverwaltung kann ohne die Hilfe des Bundes nicht gewährleistet
725 werden. Wie auf Landesebene muss auch für den Bund der Grundsatz gelten: „Wer bestellt, muss
726 auch zahlen“. Mit der Rückendeckung des gesamten Landtages fordern wir eine weitaus stärkere
727 finanzielle Bundesbeteiligung an den Kosten der gesetzlichen Sozialleistungen der Kommunen:

728

729 Höhe und Berechnung der Kosten der Unterkunft nach dem SGB II benachteiligen immer noch die
730 Kommunen. Die erreichte Regelung kann nicht das letzte Wort sein.

731 Als weitere wirksame Hilfe fordern wir eine Beteiligung des Bundes an den Kosten der Eingliederung
732 von Menschen mit Behinderungen in die Gesellschaft. Allein in NRW entstehen bei den
733 Landschaftsverbänden mittlerweile etwa 3,4 Mrd. Euro Ausgaben bei einer jährlichen
734 Kostensteigerung von 100 Mio. Euro.

735

736 Die von der SPD erstrittene Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter und bei
737 Erwerbsminderung durch den Bund waren ein erster dringender Schritt zur Entlastung der
738 Kommunen.

739 Wir halten an der Gewerbesteuer fest und wollen sie zu einer Gemeindefinanzsteuer
740 weiterentwickeln. Gleichzeitig brauchen wir eine gerechte Modernisierung der veralteten
741 Grundsteuer.

742

743 **Jetzt auch den Westen stärken.**

744 Trotz aller Bemühungen und aller geleisteten Anstrengungen konnten die Herausforderungen des
745 Strukturwandels in einer Reihe von Städten nicht gänzlich bewältigt werden. Dies hat entsprechende
746 Folgen für den Zustand der Infrastruktur. Viele Bürgermeisterinnen/Bürgermeister und
747 Oberbürgermeisterinnen/Oberbürgermeister treibt das zu Recht um. Denn sie wissen: Ein attraktives
748 Gemeinwesen und ein leistungsstarker Wirtschaftsstandort brauchen eine moderne und
749 leistungsfähige Infrastruktur, gut erhaltene Straßen, ein leistungsfähiges Schienennetz und den
750 Ausbau von Breitbandnetzen für schnelle Kommunikation.

751

752 Unsere Städte und Gemeinden brauchen jetzt Unterstützung, weil sie in ihrer Finanznot
753 Schwimmbäder, Büchereien und Jugendtreffs schließen müssen. Wichtige Dienstleistungen für die
754 Bürgerinnen und Bürger können nicht mehr bereitgestellt werden. Um diese Situation zu verbessern,
755 bedarf es nicht nur einer angemessenen Finanzausstattung der Kommunen und einer höheren
756 Bundesbeteiligung an den Soziallasten: Es geht auch um eine neue Ausrichtung der Solidarität in
757 Deutschland. So richtig es in den letzten 20 Jahren war und immer noch ist, mit vielen Mitteln den
758 Aufbau Ost voranzubringen: Auf allen Ebenen muss das Bewusstsein wachsen, dass darüber
759 strukturschwache Regionen und Städte in anderen Teilen Deutschlands nicht vernachlässigt werden
760 dürfen. Wir fordern eine Förderung, für die gilt: Bedürftigkeit statt Himmelsrichtung.

761

762 NRW hat mit tiefer Überzeugung die nationale Kraftanstrengung „Aufbau Ost“ mitgetragen, wie auch
763 schon den Aufbau Deutschlands nach dem 2. Weltkrieg. Der Solidarpakt Ost ist bis 2019
764 festgeschrieben. Änderungen bedürfen der Zustimmung des Bundes und der anderen Länder. Es geht
765 jedoch darum, den strukturschwachen Kommunen in unserem Land jetzt zu helfen. Der Bund wie
766 auch die anderen Länder müssen sich klar zu ihrer Verantwortung auch für bedürftige Regionen und
767 Kommunen in Westdeutschland bekennen. Die Landesregierung hat das für Nordrhein-Westfalen,
768 z.B. mit dem Stärkungspakt Stadtfinanzen, trotz sehr schwieriger Haushaltslage getan.

769 Bis 2019 müssen nun zügig aus den Förderprogrammen des Bundes für Infrastruktur – also zum
770 Beispiel Straßen, Schienen, Bahnhöfe oder auch im Bereich Forschung – die Mittel in der Höhe nach
771 NRW fließen, die der Größe des Landes entspricht. Die Kürzungen, die die Bundesregierung aus CDU/
772 CSU und FDP in der Städtebauförderung, insbesondere im Programm „Soziale Stadt“ gegen alle
773 Widerstände durchgesetzt hat, treffen gerade NRW sehr stark. Diese Kürzungen müssen umgehend
774 von Schwarz-Gelb zurückgenommen werden.

775

776 **Kommunale Demokratie lebt vom Mitmachen und Einfluss nehmen.**

777 In den 20 Monaten Regierungsverantwortung haben wir die kommunale Demokratie gestärkt. Die
778 Möglichkeit zur Abwahl der Hauptverwaltungsbeamten durch die Stadtbevölkerung und die
779 Wiedereinführung der Stichwahl stärken ebenso die Entscheidungsmöglichkeiten der Bürgerinnen
780 und Bürger wie die erleichterten Bürgerbegehren und Bürgerentscheide.

781 Wir werden die Wahlzeiten von Bürgermeisterinnen, Bürgermeistern und Räten wieder angleichen
782 und auf fünf Jahre festlegen. Die Verantwortungsgemeinschaft von Rat und
783 Bürgermeisterinnen/Bürgermeistern wird so betont.

784 Wir wollen die Ratsarbeit effektiver machen und die Möglichkeiten stärken, ein kommunalpolitisches
785 Ehrenamt wahrzunehmen.

786
787 Wir unterstützen interkommunale und regionale Zusammenarbeit, beispielsweise über
788 Ländergrenzen wie Aachen/Maastricht oder in Metropolregionen wie dem Ruhrgebiet. Neben den
789 Regionalräten bei den Bezirksregierungen haben wir im Regionalverband Ruhr eine starke Klammer
790 für das Ruhrgebiet. Das Gesetz für den Regionalverband Ruhr werden wir modernisieren.

791
792 **6.2. Sicher leben in einem handlungsfähigen Staat.**

793 Wir wollen Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen. Deshalb haben wir,
794 z.B. die Ausbildungskapazität bei der Polizei um 300 Stellen auf 1400 erhöht und 200 zusätzliche
795 Stellen für den Strafvollzug geschaffen.

796
797 Ein wichtiger Baustein in unserem Sicherheitskonzept ist der Ausbau unseres Präventionsprogramms
798 „Kurve kriegen“ gegen Jugendkriminalität. Wir nehmen das Thema Wohnungseinbrüche ernst, in
799 dem wir auch die Bürgerinnen und Bürger mit Programmen wie „Riegel vor“ zu einer gemeinsamen
800 Strategie der Vorbeugung bewegen.

801
802 Aus der tragischen Katastrophe der Loveparade haben wir Konsequenzen gezogen. Das Wort von
803 Polizei und Feuerwehr hat nun schon im Vorfeld von großen Veranstaltungen ein starkes Gewicht.

804
805 Wir stehen für ein tolerantes und demokratisches NRW. Wir bekämpfen entschieden
806 antidemokratische Tendenzen. Deshalb sind wir für ein Verbot der NPD, das wir über den Bundesrat
807 gemeinsam mit dem Bund rechtssicher umsetzen wollen. Wir wollen weiterhin
808 Aussteigerprogramme für die rechte Szene anbieten. Wir werden den Verfassungsschutz so
809 reformieren, dass seine Tätigkeit gegenüber dem Parlament transparenter wird und das Vertrauen in
810 die Arbeit für eine wehrhafte Demokratie in NRW wächst. Wir bekämpfen die gesellschaftlichen
811 Bedingungen, die Nährboden für politischen und religiösen Extremismus sind.

812
813 Alle Bürgerinnen und Bürger müssen unabhängig von ihrem Einkommen ihre Rechte durchsetzen
814 können. Gleicher Zugang zum Recht setzt den gleichen Zugang auch bereits zur Rechtsberatung im
815 Vorfeld eines Rechtsstreits voraus. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass der Zugang zum
816 Recht auch für die Schwächeren in der Gesellschaft erhalten bleibt.

817
818 Kein Opfer einer Straftat darf vergessen werden. Die SPD-geführte Landesregierung hat erstmals
819 einen Opferschutzbericht erstellt. Dieser ermöglicht es den Bürgerinnen und Bürgern, sich einen
820 umfassenden Überblick über die Rechtslage sowie die Maßnahmen und Projekte der
821 Landesregierung zum Schutz und zur Unterstützung der Opfer von Straftaten in Nordrhein-Westfalen
822 zu verschaffen.

823
824 Zur Bewältigung der Jugendgewalt- und Intensivkriminalität bedarf es der intensiven
825 Zusammenarbeit mit den Kommunen und einer Vernetzung aller an der Jugendkriminalprävention
826 und am Jugendstrafverfahren beteiligten Einrichtungen.

827 Der Justizvollzug muss sicher und effizienter sein. Nur wenn Gefangene im Strafvollzug geeignet auf
828 die Zeit nach ihrer Entlassung vorbereitet werden, besteht eine echte Chance, dass sie ihr künftiges
829 Leben in Freiheit ohne Rückfall in die Kriminalität führen. Das ist der beste und sicherste Schutz der
830 Gesellschaft vor weiteren Straftaten.

831 Ein moderner, dem verfassungsrechtlich verankerten Resozialisierungsgebot entsprechender
832 Strafvollzug bedarf klarer Rahmenbedingungen. Hierzu erarbeiten wir Leitlinien als Grundlage für ein
833 neues Strafvollzugsgesetz, das einen modernen und sicheren Behandlungsvollzug ermöglicht.

834

835

836 **7. NRW macht Betroffene zu Beteiligten.**

837 **Wir stärken Bürgerbeteiligung. Das Netz ist eine Chance.**

838

839 Wir wollen mehr Demokratie leben. Eine lebendige Demokratie braucht die Bereitschaft der
840 Bürgerinnen und Bürger, sich einzubringen und Verantwortung zu übernehmen. Sie braucht ebenso
841 die Öffnung der demokratischen Meinungsbildungsprozesse für dieses Engagement, wenn echte
842 Mitbestimmung entstehen soll. Die repräsentative Demokratie der Räte und Parlamente und die
843 direkte Demokratie stehen dabei nicht gegeneinander – beide ergänzen sich bei der Gestaltung
844 unserer Gesellschaft. Nur dort, wo Betroffene zu Beteiligten werden, erwächst die gesellschaftliche
845 Akzeptanz für wichtige politische Konzepte und Projekte.

846

847 Die Öffnung der politischen Meinungsbildungsprozesse ist zu einem Markenzeichen der Regierung
848 von Hannelore Kraft geworden. Mit den Diskussionsprozessen hin zum Schulkonsens und zur 1. Stufe
849 der Reform des Kinderbildungsgesetzes, der Senkung der Hürden für Bürgerbegehren und
850 -entscheide im kommunalen Bereich und der Wiedereinführung der Drittelparität in der
851 Schulkonferenz sind wir wichtige Schritte hin zu mehr Demokratie in NRW gegangen. Wir wollen
852 diesen Weg fortsetzen und auch die Hürden für Volksbegehren und -entscheide auf Landesebene
853 senken.

854

855 Vielfältige Bürger- und Netzinitiativen machen den gewachsenen Anspruch der Bürgerinnen und
856 Bürger an demokratische Mitbestimmung im 21. Jahrhundert deutlich. Wir sehen darin eine
857 Bereicherung unserer demokratischen Kultur und wollen alles dafür tun, diesen gewachsenen
858 Anspruch an politischer Beteiligung auch in reale Beteiligungsformen umzusetzen, ohne dabei die
859 Eigeninteressen von wenigen über das Gemeinwohl zu stellen. Dazu bedarf es mehr Informationen,
860 mehr Transparenz im politischen Prozess und wirksamerer Einbringungsmöglichkeiten für
861 Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Verbände. Vor allem sind Politik und politische Institutionen
862 gefordert, sich auch für den politischen Diskurs in der digitalen Welt weiter zu öffnen. Wir nehmen
863 diese Herausforderung an und werden über ein Zukunftsforum „Digitale Bürgerbeteiligung“ mit
864 Experten und Akteuren Möglichkeiten entwickeln, dies wirksam umzusetzen und damit den bereits
865 begonnenen Weg weiter fortsetzen. Wir wollen die Ideen von Open Data und Open Government
866 ausbauen und Informationen aktuell, umfassend und barrierefrei bereitstellen, um Transparenz und
867 Teilhabe in NRW zu stärken. Unsere bisherigen Aktivitäten in diesem Bereich wollen wir bündeln und
868 auf einem Portal in zentraler Verantwortung zusammenführen und weiterentwickeln.

869

870 Teilhabe in der digitalen Gesellschaft setzt Medienkompetenz voraus. Sie muss in allen
871 Bildungseinrichtungen zukünftig noch stärker und gezielt vermittelt werden, um allen Generationen
872 eine kompetente, aktive und kritische Nutzung zu ermöglichen. Der in NRW entwickelte Medienpass

873 ist ein erfolgreiches Modell, das wir ausbauen und weiterentwickeln wollen. Freiwillige technische
874 Maßnahmen können eine Möglichkeit sein, Eltern mehr Sicherheit zu geben. Wir stehen zum Prinzip
875 „Löschen statt Sperren“, legen unseren Fokus auf Medienkompetenz und lehnen Netzsperrern ab.
876

877 Das Internet bietet zahlreiche Möglichkeiten für kreative Wertschöpfung und ist ein wichtiger Faktor
878 für den Wirtschafts- und Medienstandort in NRW. Wir stehen zur diskriminierungsfreien
879 Datenübertragung, für einen freien und gleichen Zugang zum Internet sowie für eine gesetzliche
880 Verankerung der Netzneutralität. Wir setzen uns für ein modernes Urheberrecht ein, das eine faire
881 Balance schafft zwischen den Interessen der Nutzerinnen und Nutzer und der Urheberinnen und
882 Urheber. Daher wollen wir auch das immer stärker um sich greifende Abmahnwesen eindämmen
883 und faire und für Verbraucherinnen und Verbraucher nachvollziehbare Nutzungsbedingungen
884 schaffen. Der Schutz der Informations- und Kommunikationsfreiheit sowie das Recht auf
885 informationelle Selbstbestimmung haben für uns auch in der digitalen Welt hohe Priorität und dürfen
886 nicht ausgehebelt werden. Den Einsatz von beispielsweise Schultrojanern lehnen wir daher ab.
887

888 NRW setzt auf den Diskurs mit Künstlerinnen und Künstlern und den kritischen Intellektuellen und
889 Wissenschaftlern. Weit über ihr jeweiliges Werk hinaus setzen wir auf sie als wichtige Impulsgeber
890 und kritische Wegbegleiter unserer Politik. Die Herausforderung im Denken und Handeln durch ihre
891 Beiträge bereichert die politische Kultur in unserem Land. Sie sind herzlich eingeladen, sich in die
892 Diskussion einzumischen.
893

894 Wir wenden uns gegen jegliche Form von Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus
895 nicht nur in ihren organisierten Formen, sondern auch im Alltag. Zivilcourage und eine offene
896 Gesellschaft sind die Antworten der wehrhaften Demokratie auf braune Umtriebe. Für uns ist klar:
897 Den neuen Rechten wird nur dort der Nährboden entzogen, wo sich ihnen eine starke
898 Zivilgesellschaft entschlossen entgegenstellt. Wir unterstützen daher diese vielfältigen Formen des
899 bürgerschaftlichen Engagements gegen neonazistisches Gedankengut in unserer Gesellschaft.
900

901 **Junge Menschen für Demokratie begeistern.**

902 Wir werden weiterhin einen starken Fokus auf die Demokratieerziehung legen. Toleranz und ein
903 solidarisches Miteinander in der Gesellschaft fußen auch darauf, jungen Menschen aktiv die Vorteile
904 und Errungenschaften der Demokratie näher zu bringen. Deshalb messen wir der Landeszentrale für
905 politische Bildung große Bedeutung bei, unterstützen die außerschulische Jugendarbeit und vieles
906 mehr.
907

908 Wir werden zudem die politische Initiative ergreifen, das Wahlalter auch bei Landtagswahlen auf 16
909 Jahre abzusenken. Dies wird durch eine bessere politische Bildung dieser Altersgruppe flankiert.
910

911 **8. Hannelore Kraft und die SPD: Gut für NRW.**

912 Unsere Politik wird auch in Zukunft so sein wie die Menschen in unserem Land: ehrlich und
913 schnörkellos. In fast zwei Jahren Minderheitsregierung haben wir gehalten, was wir versprochen
914 haben. Und wir haben nichts versprochen, was wir nicht halten können.
915
916
917

918 Zur Ehrlichkeit gehört es zu sagen, dass auch die kommenden Jahre für Nordrhein-Westfalen nicht
919 leicht werden. Die Finanzkrise ist noch nicht überwunden und an den Folgen werden wir noch viele
920 Jahre tragen müssen. Dazu gehört in unserem Land auch die Bewältigung der Lasten der WestLB.

921
922 Im Jahr 2018 endet die Steinkohleförderung in Nordrhein-Westfalen. Sie hat das Bild unseres Landes
923 und unsere Kultur viele Jahrzehnte geprägt. Nun beginnt eine neue Ära. Die Umsetzung der
924 Energiewende muss so erfolgen, dass die industrielle Basis unseres Landes erhalten bleibt und die
925 Wirtschaft in NRW weiter in zukunftsfähige Arbeitsplätze investiert. Beim Ausstieg aus der
926 Kernenergie waren wir mit Johannes Rau Vorreiter. Wir wollen es auch bei der Entwicklung
927 erneuerbarer Energien, neuer Speicher- und Netztechniken sein. Unsere hervorragenden
928 Wissenschaftlerinnen/Wissenschaftler, Ingenieurinnen/Ingenieure und Facharbeiterinnen/
929 Facharbeiter sind dabei unser größtes Kapital.

930
931 Nordrhein-Westfalen ist ein vielfältiges und reiches Land, in dem Menschen unterschiedlicher
932 Herkunft gern und gut leben. Wir sind stolz auf das, was wir zu über 60 Jahren Erfolgsgeschichte der
933 Bundesrepublik Deutschland beigetragen haben. Und wir wissen, dass wir auch für die Zukunft auf
934 unsere Stärken vertrauen können. Aber wir wollen fair behandelt werden: Bei der Förderung der
935 Infrastruktur und wenn die Finanzverteilung zwischen Bund und Ländern neu geregelt wird. Dafür
936 kämpfen wir.

937
938 Wir wollen Politik nicht nur **für**, sondern auch **mit** den Bürgerinnen und Bürgern machen. Aus
939 Betroffenen Beteiligte machen, das gilt auch weiterhin.

940
941 Die Stimmen Nordrhein-Westfalens haben im Bundesrat Gewicht. Wir haben sie genutzt, um soziale
942 und ökologische Akzente in der Bundespolitik zu setzen. Dies wird auch weiter nötig sein. Und bei
943 hoffentlich dann veränderten Mehrheitsverhältnissen werden wir noch mehr auch bundespolitisch
944 durchsetzen können.

945
946 Nordrhein-Westfalen ist in den letzten 20 Monaten von Hannelore Kraft und der SPD gut regiert
947 worden. Wir haben ein klares Programm und unser Kompass stimmt. Tragen Sie bitte mit Ihren
948 beiden Stimmen für die SPD dazu bei, dass Nordrhein-Westfalen eine gute Ministerpräsidentin
949 behalten und einen klaren Kurs steuern kann.